

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 26.05.2015

### **Konzertierte Aktion für eine höhere Wertschätzung der Pflegeberufe - Verwirklichung des Tarifvertrages Soziales gemeinsam zügig vorantreiben!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Bereits im Januar 2015 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Verwirklichung des Tarifvertrages Soziales zu unterstützen. Der Landtag spricht sich daher für eine auskömmliche Finanzierung der Pflege und für eine angemessene tarifliche Bezahlung der Beschäftigten aus, um die Dumpinglohnspirale insbesondere in der Altenpflege endlich zu beenden.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. unverzüglich gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen, den Pflegekassen, den privaten, kommunalen und freigemeinnützigen Pflegeanbietern sowie den Sozialhilfeträgern in einen Dialog zu treten und auf eine schnelle Realisierung eines Tarifvertrages Soziales in der Altenpflege in Niedersachsen hinzuwirken,
2. sich dafür einzusetzen, dass die Anerkennung tariflicher Löhne nicht dadurch unterlaufen wird, dass in Pflegesatzverhandlungen seitens der Kostenträger die tarifliche Einstufung, die Altersstruktur oder der Familienstand des Personals kritisiert und der Einrichtungsträger dazu angehalten wird, auf eine günstigere Personalzusammensetzung hinzuwirken,
3. die für den Landeshaushalt im Rahmen des Quotalen Systems entstehenden voraussichtlichen Kosten des Tarifvertrages Soziales zu quantifizieren und ihre Finanzierung sicherzustellen,
4. die kommunalen Sozialhilfeträger für die Refinanzierung der Mehrkosten entsprechend ihrem Anteil im Quotalen System zu gewinnen und entsprechend bei den Vergütungsverhandlungen mit den Leistungsanbietern zu verhandeln.

#### Begründung

Gute Qualität in der Pflege muss auch gut bezahlt werden, damit sich in Zukunft überhaupt noch Menschen für die Pflegeberufe begeistern lassen. Die häufig eingeforderte höhere Wertschätzung für die Pflegeberufe darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern muss sich in der Entlohnung des Personals widerspiegeln, damit der Bedarf an Pflegefachkräften auch zukünftig gedeckt werden kann.

Ziel muss deshalb der Abschluss eines Tarifvertrages in der Altenpflege noch in der laufenden Wahlperiode des Landtages sein. Neben der Vergütung kann er weitere wichtige Bausteine für gute Arbeitsbedingungen regeln, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, wie z. B. Arbeitszeiten, Schichtzeiten, Fort- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Pflegeberuf und Familie.

Dieses Ziel wird jedoch nur zu erreichen sein, wenn sich die Landesregierung nicht nur der bloßen Hoffnung hingibt, dass die Sozialpartner die weiteren Schritte auf dem Weg zu einem allgemein verbindlichen Tarifvertrag Soziales gehen werden, sondern sie aktiv auch bei den Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und nicht zuletzt bei den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen dafür wirbt, dass der angestrebte Tarifvertrag Soziales in der Altenpflege zu einem Leistungswettbewerb zwischen den Pflegeeinrichtungen beitragen kann, in dem nicht mehr nur der günstigste Preis entscheidet, sondern die Qualität der Leistung wieder stärker in den Fokus rückt.

Die Refinanzierung des Tarifvertrages Soziales in der Altenpflege muss geklärt sein, bevor er abgeschlossen werden kann. Nach Abschluss ist er bei Bedarf von der Landesregierung für allgemeinverbindlich zu erklären.

Die Chancen für einen Flächentarifvertrag für die Sozialbranche in Niedersachsen sind derzeit günstig. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Pflegeanbieter sehen, dass Lohndumping und ein Preiswettbewerb zulasten der Beschäftigten keine Zukunft mehr haben, wenn auch künftig qualifiziertes Personal gewonnen und vor allem auch gehalten werden soll. Dies gilt insbesondere für die Altenpflege. Denn nicht tarifgebundene Pflegeeinrichtungen bezahlen ihre Mitarbeiter zunehmend schlechter, um weiterhin am Markt bestehen zu können.

Ziel muss es aber sein, weiterhin gut ausgebildetes Altenpflegepersonal zu gewinnen, das den Pflegeberuf für sich als Berufung ansieht. Die Landesregierung darf dabei nicht nur darauf vertrauen, dass die Sozialpartner die weiteren Schritte auf dem Weg zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Soziales gehen werden, sondern muss eine vermittelnde, aber auch antreibende Rolle übernehmen, damit dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird.

Zu dieser Rolle der Landesregierung gehört auch, die tatsächlichen Verantwortlichkeiten für die Finanzierung klar zu benennen. Höhere Pflegesätze sind von den Pflegebedürftigen aus eigenem Einkommen und Vermögen oder - falls eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreichen - von den örtlichen Trägern der Sozialhilfe in Niedersachsen zu finanzieren. Da das Land an diesen Kosten im Rahmen des Quotalen Systems beteiligt ist, müssen diese Kosten benannt und ihre Finanzierung im Landeshaushalt sichergestellt werden.

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender